

## **Rede Gedenktag Opfer des Faschismus, 10.9.23, Bochum Joachim Schramm**

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

wir stehen heute hier am Gedenktag der Opfer des Faschismus an den Gräbern von acht ermordeten Bochumer Widerstandskämpfern. Fast 80 Jahre ist das Ende der Nazi-Herrschaft nun schon her und immer noch kann sich dieser Staat nicht dazu durchringen, die Frauen und Männer angemessen zu würdigen, die damals den Mut hatten, gegen das Hitler-Regime aufzustehen und die dafür oft ihr Leben gelassen haben. Der Staat hat zwei Gedenktage eingerichtet, den internationalen Gedenktag der Befreiung des KZ-Auschwitz im Januar und den Gedenktag des gescheiterten Hitler-Attentats der Militärs um Stauffenberg im Juli. Der Auschwitz-Gedenktag ist ein wichtiger Tag zur Erinnerung an die Millionen vor allem jüdischer Opfer, Doch beim Gedenken an das Hitler-Attentat wird in erster Linie einer bestimmten Widerstands-Aktion gedacht, die Vielfältigkeit des Widerstandes der Kommunisten, der Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen, Kriegsgegner und vieler anderer über die ganze Zeit der NS-Herrschaft wird er jedoch nicht gerecht. Daher ist es wichtig, dass heute hier und an anderen Orten Gedenkveranstaltungen stattfinden, die an diese Vielfalt des Widerstandes erinnern. In diesem Zusammenhang ist auch die Initiative zu nennen, den 8. Mai zum Feiertag zu erklären. Denn auch hier hat es dieser Staat versäumt, den Tag, der in ganz Europa als Tag der Befreiung begangen wird, offiziell als eben solchen anzuerkennen und entsprechend zu würdigen. Deshalb lautet unsere Forderung an die Bundesregierung: Schließen wir uns hier endlich an, erklären wir den 8. Mai zum Feiertag!

Der 8. Mai 1945 ist verbunden mit der entscheidenden Schlussfolgerung, den die Frauen und Männer des Widerstandes, aber auch viele andere, die nach Ende des Faschismus befreit aufatmeten, aus diesen Schreckensjahren gezogen haben: Die Forderung „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg“! Dieses Vermächtnis des Widerstandes gegen den Faschismus, dem wir uns alle hier, denke ich verbunden fühlen, verweist auf den Zusammenhang dieser beiden Schreckensszenarien hin. Sicherlich gibt es auch Krieg ohne Faschismus, aber der Faschismus trägt die skrupellose, gewaltsame Durchsetzung der Interessen einer Machtelite in sich und damit in Konsequenz auch den Krieg, Nun kann man nach fast 80 Jahren sagen, dieses Ziel „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ ist nicht erreicht worden. Deutschland hat nach 1990 wieder Krieg geführt, hat an militärischen Auseinandersetzungen teilgenommen, in Jugoslawien, in Afghanistan, in Mali. Doch die Verhinderung eines neuen großen Krieges, der das Ende dieses Kontinents oder auch der ganzen Menschheit bedeuten könnte, vor dieser Aufgabe steht nach wie vor. Und dieses Ziel ist eng verknüpft mit der Aufgabe, das Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern, gegen alle rechtsradikalen Tendenzen in unserem Land vorzugehen. Und da gibt es ja leider genug, was uns Sorgen machen muss. Der Höhenflug der AfD nicht nur in den östlichen Bundesländern oder auch die Flugblatt-Affäre des bayrischen Wirtschaftsministers Aiwanger von den Freien Wählern zeigen auf, dass rechte Politik und rechte Positionen weiter an Akzeptanz gewinnt. Die Führung von Kriegen, das Erstarren des Militarismus begünstigt rechte Bewegungen. Und andererseits stärken rechte Bewegungen den Militarismus, begünstigen die gesellschaftlichen Kräfte, die zur Kriegsführung bereit sind. Nicht ohne Grund gibt es die rechtsradikalen Umtriebe bei der Bundeswehr, hat es sie immer gegeben. Und nicht ohne Grund kann die AfD heute auf eine Vielzahl an aktiven und ehemaligen Bundeswehroffizieren und -mannschaften zurückgreifen, die wichtige Funktionen in der Partei innehaben. So ist der aktuelle Bundesvorsitzende der AfD-Jugendorganisation Hannes Gnauck ehemaliger Zeitsoldat und bezeichnet sich selbst gern als schneidigen Unteroffizier. Und der Drei-Sterne-General Wundrak, ehemaliger Kommandeur des Zentrums

Luftoperationen im nordrhein-westfälischen Kalkar kandidierte nach seiner Pensionierung für die AfD als Oberbürgermeister von Hannover.

Und obwohl wir diesen Zusammenhang zwischen Militarisierung und Rechtstendenzen sehen und obwohl wir ihn über Jahrzehnte immer wieder aufgezeigt haben, ist hier schon seit längerem etwas in Bewegung geraten. Ausgelöst maßgeblich durch die Bewegung der Antideutschen und dann aber von weiteren Kreisen linker Antifa-Gruppen wurde der Kampf gegen rechts nicht mehr durchgehend verknüpft mit dem Kampf gegen den Krieg. Die militärische Befreiung vom Faschismus wurde in diesen Kreisen aufgegriffen, um auch heute Krieg zu rechtfertigen, den Krieg gegen den Irak und auch aktuell die militärische Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland.

Und auf der anderen Seite erleben wir, wie sich rechte Parteien wie die AfD zur Friedenskraft erklären und plötzlich gegen Krieg auf die Straße gehen, gegen den Ukrainekrieg. Und wir erleben, wie bei uns in NRW z.B. eine Gruppierung „NRW erwacht“ regelmäßig Demonstrationen durchführt, gegen „Überfremdung und Migration“, gegen die „Klimawandel-Propaganda“ und die dabei auch das Friedenthema aufgreift und bei denen Parolen der Friedensbewegung mitgeführt werden wie „Frieden schaffen ohne Waffen“ oder das bekannt Motiv „Nie wieder Krieg“ von Käthe Kollwitz. Im Mai waren sie auch hier in Bochum unterwegs. Mit dabei war eine Gruppe „Demokratischer Widerstand Dortmund“, die sich beim Ostermarsch in Dortmund sich in unseren Demozug gedrängt hat.

Hat sich da plötzlich das politische Koordinatensystem von links und rechts verschoben, wie einige behaupten? Ich sage dazu deutlich nein: rechts ist nach wie vor die Seite, auf der der einzelne Mensch nichts zählt, wo Unmenschlichkeit, die Diskriminierung Einzelner und von Gruppen, wo Gewalt und Unterdrückung zu Hause sind. Und links ist nach wie vor die Seite, auf der für Menschlichkeit, für Gerechtigkeit, für die Freiheit und für Frieden gerungen wird!

Aber wenn einige Linke heute meinen, Krieg sei vielleicht doch etwas gutes und nicht mehr hinschauen, welches Leid, Zerstörung und Tod der Krieg mit sich bringt und dass am Ende immer die einfachen Menschen der Preis zahlen müssen und wenige den Gewinn nach Hause tragen, dann öffnen sie den Raum für die Rechten. Für Rechte, die vorgeben, für Frieden zu sein. Doch die Rechten sind nur da gegen Krieg, wo er ihren Interessen widerspricht. Vor Jahren zogen die Rechten in Dortmund am 1. September durch die Straßen mit dem Slogan „Nie wieder Krieg, nach unserem Sieg“. Und heute tritt die AfD für eine starke Bundeswehr und für die Erhöhung des Militärhaushaltes ein, damit deren (Zitat) „Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar.“ (Zitat Ende). Denn natürlich wollen sie Krieg, wenn er den angeblichen nationalen Ziele Deutschlands nützt. Und sie sind heute nur deshalb für den Frieden mit Russland, weil sie dem alten national-konservativen Traum des eurasischen Bündnisses Russland-Deutschland nachhängen, das in ihrer Sicht eine Weltmacht sein würde. Ja, auch wir wollen in Frieden mit Russland leben, wenn dieser schreckliche Krieg in der Ukraine beendet ist. Aber gleichberechtigt, zusammen mit allen andern Staaten in Europa und in der Welt und nicht als deutsch-russische Weltmacht!

Weil Teile der Linken plötzlich für Waffenlieferungen und Kriegsverlängerung eintreten und andererseits die Rechten plötzlich für Frieden, kommt es bei vielen Menschen zu Verwirrungen. Und diese Verwirrung reicht bis in Teile der Friedensbewegung und der Linken hinein, die nicht mehr sehen, wie die Bewegung von rechts unterwandert werden soll. Das wird verstärkt durch die Befürchtung, der Ukrainekrieg könne zu einem 3. Weltkrieg eskalieren und daher müssten alle zusammenstehen, um das zu verhindern. Doch dann muss es doch darum gehen, bei den Gewerkschaften, der SPD, den Grünen, bei der Partei Die LINKE, bei Klimaschützern und Flüchtlingsgruppen um die zu kämpfen, die vielleicht trotz

eigener Bedenken für Waffenlieferungen an die Ukraine und damit für eine Verlängerung des Krieges eintreten, diese muss man doch davon überzeugen, dass der Kriegskurs in die Irre führt. Stattdessen suchen einige Gruppen auch hier in NRW ihre Bündnispartner nah am rechten Rand wie bei der Partei „die Basis“ und darüber hinaus bis hin zur AfD. Doch wer rassistische Ressentiments gegen MigrantInnen und Geflüchtete schürt, wer gegen „Sozialschmarotzer“ und Klima-AktivistInnen hetzt, dem geht es nicht um Frieden. Der mißbraucht den Wunsch der Menschen nach Frieden für ganz andere Zwecke. Stattdessen um die linken Kräfte zu kämpfen lohnt sich, so wie das zurzeit die verdi-Kolleg:innen machen, die sich mit einer Petition gegen den Leitantrag des Vorstandes und der darin enthaltenen Unterstützung von Waffenlieferungen an die Ukraine wenden. Über 10.000 Kolleg:innen haben diese Petition bereits unterschrieben.

Am rechten Rand der Gesellschaft wird man zwar Menschen finden, die aktuell für eine Friedenslösung im Ukrainekrieg eintreten, aber zu dem Preis, damit die Friedensbewegung ihrer Glaubwürdigkeit zu berauben. Und auch die Hoffnung, so die Eskalation des Krieges verhindern zu können, trägt, wenn man sich die Kräfteverhältnisse im Land anschaut. Selbst wenn eine relative Mehrheit in einigen Bundesländern die AfD wählen will, bleiben diese Kräfte gesamtgesellschaftlich in der Minderheit. Eine Mehrheit, um den aktuellen Konfrontations- und Aufrüstungskurs dieser Regierung umzukehren, werden wir nur links finden. Kämpfen wir im linken Teil der Gesellschaft und in der Mitte darum, die aktuelle Kriegslogik durch eine Friedenslogik zu ersetzen, die Konfrontationspolitik durch Entspannungs- und Kooperationspolitik, Aufrüstung durch Abrüstung!

Wer die Tür für rechte Kräfte öffnet, stärkt diese und damit eine Politik, die unser Land schon einmal in die Katastrophe geführt hat. Und er stärkt letztendlich auch die neoliberalen Kräfte, die verhindern wollen, dass eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Klimagerechtigkeit und der globalen wirtschaftlichen Gerechtigkeit Raum gewinnt. Doch nur eine solche Politik kann eine sichere Zukunft für unser Land und die Welt schaffen und den Frieden sichern. Die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus hatten ebenfalls das Ziel, eine bessere Gesellschaft, eine bessere Welt zu schaffen. Bleiben wir ihrem Vermächtnis treu: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!